



Nr. 132 / 21.04.2021

# Alexander **HOFFMANN** informiert

DER NEWSLETTER DES WAHLKREISABGEORDNETEN FÜR MAIN-SPESSART UND MILTENBERG

## **„Corona“-Bekämpfung: Bundesweit einheitliche Notbremse kommt**

Liebe Leserinnen, liebe Leser, immer wieder wurden mehr Klarheit und Konsequenz im Kampf gegen „Corona“ gefordert. Heute haben wir im Bundestag mit dem 4. Bevölkerungsschutzgesetz einheitliche Notbremse-Maßnahmen für ganz Deutschland beschlossen. Sie dienen dazu, bundeseinheitlich in dieser schwierigen, hoffentlich letzten Phase der Pandemie unser Gesundheitswesen vor dem Kollaps zu bewahren. Gleichzeitig zeichnet sich der Ausweg aus der Pandemie immer deutlicher ab, denn beim Impfen wird auch hierzulande jetzt richtig Boden gut gemacht.

Die Zahl der Impfungen ist – wie ich es in meinem Newsletter Nr. 130 vom 05.03.2021 beschrieben habe – rasant angestiegen. Mittlerweile hat ein Fünftel der Bevölkerung eine Impfdosis erhalten; sechs Millionen Menschen sind bereits vollständig geimpft. Selbst am zurückliegenden Sonntag wurden mehr als 260.000 Impfungen vorgenommen. An Wochentagen sind es noch deutlich mehr; der bisherige Tagesrekord sind rund 770.000 Impfungen. Und das Tempo wird nun im zweiten Quartal noch weiter Fahrt aufnehmen, weil immer mehr Impfstoff geliefert wird und auch die Hausärzte in größerem Umfang in die Impfkampagne mit einsteigen. Das alles sind sehr gute Nachrichten einerseits.

Andererseits spitzt sich die Lage in den Kliniken gerade dramatisch zu. Die Kapazitäten gehen zur



Neige, die Auslastung der Intensivstationen nähert sich wieder dem Limit: Mehr als 4.900 Menschen werden aktuell wegen einer „Corona“-Infektion auf einer Intensivstation in Deutschland behandelt. Laut Prognosen könnte die Zahl schon bald auf mehr als 6.000 Patientinnen und Patienten steigen. Bedenken Sie: Fast jeder dritte „Covid-19“-Patient auf einer Intensivstation stirbt!

Die Zahl der täglich gemeldeten Toten ist im Vergleich zur zweiten Welle zwar deutlich gesunken. Trotzdem sterben weiterhin jeden Tag (zu) viele Menschen an oder in Verbindung mit „Covid-19“; deutschlandweit sind es bereits mehr als 81.000.

Und: Eine stetig steigende Sieben-Tage-Inzidenz von mittlerweile über 160 ist viel zu hoch, denn die britische Variante B.1.1.7 ist nicht nur ansteckender als der ursprüngliche Virus, sondern auch aggressiver und tödlicher. Intensivmediziner sagen also nicht ohne Grund, dass die Politik sofort handeln muss! Sie sagen unisono, dass die beschlossene Notbremse sinnvoll und unerlässlich ist. Die Effekte dauern rund zwei Wochen, bis sie sich hoffentlich möglichst positiv auswirken. Daher konnten wir nicht mehr länger abwarten.

Die bislang von der Ministerpräsidentenrunde beschlossenen Maßnahmen wurden leider nicht in allen Ländern umgesetzt – und schon gar nicht einheitlich. Dies ist in dieser kritischen Pandemie-Lage jedoch erforderlich. Deshalb haben wir heute eine weitere Änderung des Infektionsschutzgesetzes beschlossen, die ab einer 100er-Inzidenz in Landkreisen und kreisfreien Städten bundeseinheitliche Maßnahmen vorschreibt, darunter unter anderem Kontaktbeschränkungen sowie Ladenschließungen. Zudem wird es eine Ausgangsbeschränkung zwischen 22 und 5 Uhr geben – mit Ausnahmen für Notfälle, Berufsausübung, Pflege und Betreuung,

Tierversorgung oder ähnlich gewichtige Gründe. Dabei besteht zwischen 22 und 24 Uhr zusätzlich noch die Möglichkeit, sich allein – etwa zu einem Spaziergang – in der Öffentlichkeit aufzuhalten.

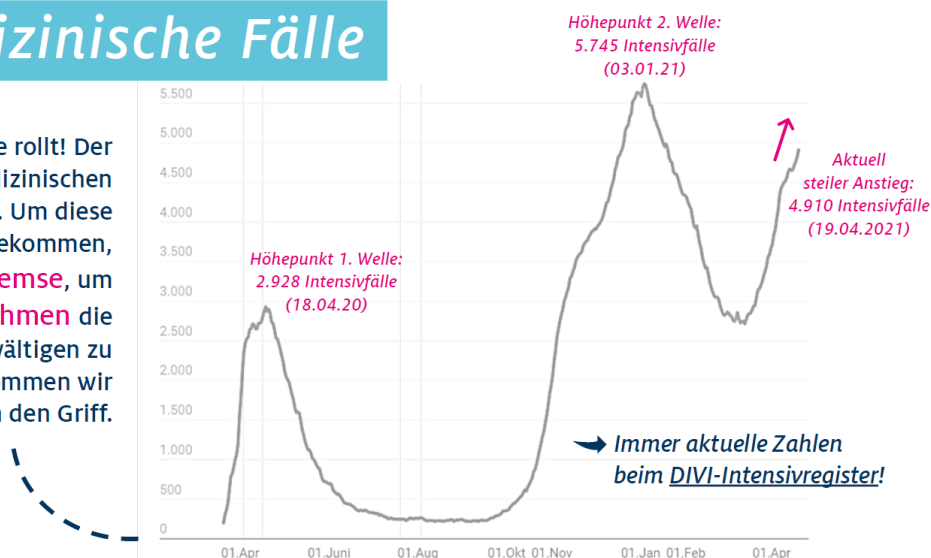
Ausgangsbeschränkungen sind gewiss ein scharfes Schwert – aber keine neue Erfindung. Sie sind im aktuell geltenden Infektionsschutzgesetz als Maßnahme bereits angelegt und werden in mehreren Bundesländern bereits seit Monaten angewandt. Auch eine Vielzahl anderer Staaten (Frankreich, Großbritannien, Irland, die Niederlande, Portugal) hat Ausgangsbeschränkungen praktiziert oder praktiziert sie noch. Sie werden nach Meinung vieler Experten für diese schwierige Phase als notwendig erachtet. Ziel ist es, die Zahl der zwischenmenschlichen Kontakte zu reduzieren und Mobilität zu beschränken. Studien belegen die Wirksamkeit der Maßnahme. Wechselnde Zusammenkünfte mit unterschiedlichen Menschen erhöhen das Risiko, sich anzustecken. Deshalb bekämpft kein Land der Welt die Pandemie ohne Lockdown-Maßnahmen.

Ich halte die einheitliche Festlegung der Maßnahmen bei zu hohen Inzidenzzahlen für extrem wichtig, da nur einheitlich geltende Regeln weiter die Akzeptanz der Bevölkerung finden werden. Laut aktuellem ZDF-„Politbarometer“ sprechen sich sehr viele Bürgerinnen und Bürger für härtere Maßnahmen aus: 49 Prozent (plus 18 im Vergleich zu vor zwei Wochen) gehen die Maßnahmen derzeit noch nicht weit genug. 13 Prozent (minus vier) halten die aktuell geltenden Vorschriften für übertrieben und 35 Prozent finden sie gerade richtig.

Als Abgeordneter eines Wahlkreises, der an zwei andere Bundesländer grenzt, wurde mir dies in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder sehr verdeutlicht. Es hat zum Beispiel für großen Unmut gesorgt, dass in Bayern Fahrschulen ge-

## Intensivmedizinische Fälle

Die dritte Corona-Welle rollt! Der Anstieg der intensivmedizinischen Fälle steigt dramatisch. Um diese Kurve wieder flach zu bekommen, brauchen wir eine **Notbremse**, um mit **einheitlichen Maßnahmen** die Pandemie effektiver bewältigen zu können. Nur so bekommen wir Corona in den Griff.



geschlossen blieben, während sie in Baden-Württemberg und Hessen öffnen durften. Es hat in Bayern niemand verstanden, dass Tennishallen und Fitness-Studios in Hessen öffnen durften, bei uns aber geschlossen blieben. Und es hat ebenfalls für Kopfschütteln gesorgt, dass in Bayern der Besuch im Baumarkt erlaubt war, allerdings nicht in Baden-Württemberg.

Sie können mir auch glauben, dass ich alle Entscheidungen zu den Maßnahmen rund um die „Corona“-Pandemie nicht leichtfertig getroffen habe – und sicherlich auch keiner meiner Kollegen. Denn wir alle sind, genauso wie Sie, durch diese Maßnahmen eingeschränkt. Wir alle haben Familie, Freunde und Kollegen, die wir lieber auf einer privaten Gartenparty, im Gasthof oder auf einem Volksfest mit Umarmung treffen würden, als immer nur vereinzelt, auf Abstand, per Video-Anruf oder am Telefon.

Ich will aber gleichzeitig in aller Entschiedenheit deutlich machen, dass nach meiner christlichen Überzeugung Menschenleben nicht zur Disposition stehen. Wenn wir anfangen zu argumentieren, die bisherigen Toten seien nicht so gravierend, weil die Menschen „ja ohnehin“ gestorben wären, dann haben wir als Christen versagt. Bei genauer Betrachtung sind heute bereits viel zu viele Corona-Tote und Menschen mit Spätfolgen zu verzeichnen, weil die Politik Ende Oktober 2020 den Fehler gemacht hat, auf diejenigen zu hören, die das alles für unverhältnismäßig hielten. Die Zahlen steigen bedenklich, jetzt ist Handlungskraft gefragt!

Die nun bundesweit einheitlichen Regeln schaffen Klarheit darüber, was in denjenigen Landkreisen oder kreisfreien Städten gilt, deren Sieben-Tages-Inzidenz drei Tage lang über 100 liegt. Mit der Klarheit und Einheitlichkeit verfestigen wir gewiss

## Corona-Schutzimpfung in Arztpraxen

Antworten auf Ihre Fragen



### Wie komme ich an einen Impftermin in meiner Hausarztpraxis?

Die Terminvergabe regeln die Praxen selbst. Eine zentrale Einladung gibt es nicht. Die Ärztinnen und Ärzte können ihre Patientinnen und Patienten, z.B. chronisch Erkrankte, gezielt ansprechen.

### Gilt die Priorisierung auch für die Impfung in den Arztpraxen?

Ja. Ärztinnen und Ärzte können jedoch auf Basis der Impfverordnung selbst entscheiden, wer wann geimpft wird. Dies ist nötig, um eine effiziente Impforganisation oder eine zeitnahe Verwendung vorhandener Impfstoffe zu gewährleisten.

### Kann ich mir aussuchen, mit welchem Impfstoff ich geimpft werde?

Nein. Aufgrund der derzeitigen Impfstoffknappheit beinhaltet der Anspruch auf Schutzimpfung weiterhin nicht die Möglichkeit, den Impfstoff eines bestimmten Herstellers zu wählen.

© Bundesregierung | Stand: 19.04.2021 | Foto: pa - picture alliance

auch die Akzeptanz für das Krisenmanagement. Wir müssen die dritte Welle brechen und den rapiden Anstieg der Infektionen stoppen, und zwar sehr schnell. Einmal mehr gilt es, die drohende Überlastung unseres Gesundheitssystems zu verhindern. Es ist an uns allen, die Ärzte und Pfleger in den Kliniken jetzt nicht im Stich zu lassen, sondern sie durch unser besonnenes, umsichtiges Verhalten zu entlasten.

Bitte bleiben Sie in dieser schweren Zeit gesund – und zuversichtlich!

Herzlichst

Ihr

Alexander Hoffmann, MdB

Fotos: Laurence Chaperon; Michael Dominik  
/ Grafiken: Bundesregierung;  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion